

„Mit der Verbrennung sind nicht alle Probleme gelöst“

6/7.3 93

SPD-Kritik an Heineking / Stellungnahme zu Müllgebühren

Nienburg (sl). Als „Auftakt zum Wahlkampf“ bezeichnete SPD-Landtagsabgeordnete Bärbel Tewes-Heiseke die vom christdemokratischen Abgeordneten Willi Heineking begonnene Diskussion über eine Müllverbrennungsanlage in Nienburg (DIE HARKE berichtete). Gemeinsam mit der SPD-Unterbezirksvorsitzenden Beate Kasper-Rippel, dem SPD-Kreistagsfraktionsvorsitzenden Hans Elbers und den Umweltausschußmitgliedern Peter Gruber und Gerd-Jürgen Groß bezog sie Stellung zu den Themen Müllverbrennung und Müllgebühren.

Bärbel Tewes-Heiseke: „Die CDU zäumt das Pferd von hinten auf.“ Das plötzliche Umschwenken der CDU von Deponierung auf Müllverbrennung als Reaktion auf die neue Technische Anleitung (TA) Siedlungsabfall sei falsch. Zunächst müßten die mechanisch-biologischen Vorbehandlungsmethoden (Kompostierung und Kalte Rotte) verbessert und ausgebaut werden.

„Die TA Siedlungsabfall sieht vor, daß 1995 die Daten der biologischen und der thermischen Vorbehandlung erneut verglichen werden sollen“, so die Landtagsabgeordnete. Bei dem in Nienburg gut funktionierenden Abfallkonzept hätte eine Müllverbrennungsanlage (MVA) eine zerstörende Wirkung. „Mit der Verbrennung sind nicht alle Probleme gelöst.“

Beate Kasper-Rippel und Hans Elbers sprachen sich für eine etwa dreimonatige „Denkpause“, keinesfalls aber für ein Aussetzen der Deponiestandortsuche, aus. In dem Zeitraum solle der noch nicht vorliegende Wortlaut der TA Siedlungsabfall analysiert werden. Zudem solle eine Bilanz der bisherigen Deponiestandortsuche gezogen werden.

Hans Elbers: „Eventuell müssen wir ein neues Abfallwirtschaftskonzept erstellen lassen.“ Auf keinen Fall könne man so tun, als ob man nahtlos an das alte Konzept und das Fichtner-Gutachten anknüpfen kann.

„Wir haben jetzt ein ausgereiftes Sack-Sammelsystem. Fichtner ist bei seiner Befürwortung für eine MVA damals von einer ganz anderen Zusammensetzung des Restmülls ausgegangen.“, erklärte Elbers. Seiner Meinung nach würde eine Verbrennungsanlage dem Trennverfahren kontraproduktiv gegenüber stehen.

Auch die Zusammenarbeit der vier Landkreise sei nicht gewährleistet. Peter Gruber: „Diepholz hat damals schon abgewinkt. Inzwischen haben sie in einen anderen Weg viel Geld investiert.“ Kritisiert wurde in diesem Zusammenhang die Befürwortung der Müllverbrennung durch Oberkreisdirektor Dr. Wilfried Wiesbrock. Er könne nicht dem Votum des Kreistages vorgehen.

Die SPD-Vertreter stellten klar, daß eine Finanzierung der MVA über das Portemonnaie des Bürgers vorgesehen ist. Zur aktuellen Neufassung der Abfallgebühren im Landkreis merkten die Sozialdemokraten einige Kritikpunkte an, die bis zur Umweltausschußsitzung am Montag (8. März, 15 Uhr) geklärt werden soll. Ein Punkt bezog sich auf die großen Mengen an unsortiertem Industrie- und Gewerbemüll, dessen Entsorgungskosten von den Haushalten mitgetragen werden müßten. „Das kann so nicht laufen“, stellte Gerd-Jürgen Groß klar. Dann müsse die Abfallsatzung insgesamt geändert werden.